

Textbeitrag Attila v. Unruh, BV INSO
zur Bundesweiten Aktionswoche der Schuldnerberatung 2013

Schuldenberatung neu denken

Wenn ich mir die Situation von mehr als 6 Mio. überschuldeter Menschen ansehe und feststelle, dass die Schuldnerberatungsstellen ständig um ihre Existenz kämpfen müssen, dann empört mich das! Jeden Tag erfahre ich, dass Menschen in Not keine Hilfe bekommen, weil Beratungsstellen völlig überlastet sind. Ich finde es nicht akzeptabel, dass jemand, der überschuldet ist und seine Situation regeln will, bei Schuldnerberatungsstellen abgewiesen wird. Weil er z.B. erst arbeitslos sein muss, damit er beraten wird. Oder erfährt, dass er als Kleinunternehmer oder Freiberufler überhaupt nicht beraten werden darf. Oder 1 Jahr auf einen Beratungstermin warten muss, obwohl der Gerichtsvollzieher vor der Tür steht und die „Hütte brennt“.

Es macht mich wütend, wenn ich dann von Betroffenen höre, dass sie versucht haben, sich woanders Hilfe zu holen – und gnadenlos abgezockt werden. Von unseriösen Beratern, Anwälten, die sich als Retter anbieten und - nachdem sie Vorschusshonorare kassiert haben - lapidar erklären: „dann melden Sie eben Insolvenz an“. Und das bei Schuldenbeträgen, die manchmal weniger als 3.000,00 € betragen! Da findet keine Beratung statt, da geht es nur darum, die Akte vom Tisch zu kriegen und den nächsten Fall abzugreifen. Der Schuldner bleibt auf der Strecke. Er wird unvorbereitet in die Insolvenz geschickt und es gibt keine Stelle, wo er im Insolvenzverfahren Hilfe oder Informationen bekommt.

Viele Insolvenzler sagen, sie fühlen sich als Mensch zweiter Klasse. Weil sie 6 Jahre lang im Insolvenzverfahren z.B. von Banken kein Konto erhalten und erfahren, dass sie keine Wohnung vermietet bekommen. Weil Insolvenzverwalter ihnen die Ausübung einer selbstständigen Tätigkeit untersagen und Arbeitgeber sich häufig scheuen, „solche Leute“ einzustellen. Sie bekommen noch nicht mal einen Telefonvertrag oder einen neuen Stromanbieter – und wenn, dann nur zu Konditionen, die deutlich über den üblichen Kosten liegen. Arm zu sein ist teuer.

Da ist der Weg in die Neuverschuldung oft schon vorprogrammiert. Was vom Gesetzgeber als Chance zum Neustart gedacht war, ist für viele der Absturz, weil sie nicht mehr am sozialen und wirtschaftlichen Leben teilhaben können. Und das für mehr als 10 Jahre. Denn auch nach der Insolvenz bleiben sie stigmatisiert – durch den SCHUFA Eintrag über die Erteilung der Restschuldbefreiung. Dieser SCHUFA Eintrag bleibt bis zu 5 Jahre bestehen und bedeutet in der Praxis: „nicht kreditwürdig!“. Dann heißt es auch nach Ende des sechsjährigen Insolvenzverfahrens für viele Jahre: ...kein Mietvertrag... kein Guthabenkonto...kein Stromanbieter.....

Unsere Politiker schaffen es, innerhalb von wenigen Wochen Rettungsschirme für Banken bereitzustellen, damit diese nicht pleitegehen. „Systemrelevant“ sind die Banken. Aber was ist mit mehr als 6 Millionen Bürgern dieses Landes, die überschuldet sind? Was ist mit meiner Nachbarin, die letzten Winter nicht heizen konnte, weil ihre Rente nicht ausreichte, um Heizöl zu kaufen? Sie zeigte mir ihre Frostbeulen an den Händen als sie zu mir kam und mich um Hilfe bat, weil ihre Bank ihr die Rente nicht auszahlt und sie jetzt nichts zu Essen kaufen kann. Sind diese Menschen nicht relevant? Wo bleibt der Aufschrei!

Schuldnerberatungsstellen dürfen nicht zum Reparaturbetrieb degradiert werden, die den kranken Motor notdürftig am Laufen halten. Damit will ich nicht die Arbeit der Schuldnerberatungsstellen abwerten. Im Gegenteil: der Arbeit der Schuldnerberater/innen gebührt allergrößten Respekt, vor allem vor dem Hintergrund ständiger Überforderung und fehlender Finanzierungs- und Planungssicherheit. Stellen werden gestrichen – und das bei erhöhtem Beratungsbedarf. Da ist der Burn Out vorprogrammiert. Wobei nicht nur die Mitarbeiter/innen ausbrennen, sondern auch unserem Gesellschaftssystem der Burn Out droht. Dann wird es richtig teuer.

Es ist Zeit, Schuldenberatung neu zu denken! Mit einem Recht auf Schuldenberatung für alle. Genügend Beratungskapazitäten und Qualitätsstandards für Schuldnerberatung, Begleitung von Schuldnern im Insolvenzverfahren, Verkürzung des Verbraucherinsolvenzverfahrens auf drei Jahre - ohne Quote!*

Menschen, die sich im Insolvenzverfahren befinden, sollen die Möglichkeit erhalten, ein freiwilliges Training in Finanzkompetenz zu bekommen, um nicht wieder in eine Überschuldungssituation zu geraten. Insolvenz darf kein Stigma mehr sein – wer gescheitert ist und aus seinen Fehlern gelernt hat, braucht eine echte 2. Chance zum Neustart. Voraussetzung dafür ist auch die Abschaffung des SCHUFA Eintrags über die Restschuldbefreiung.

Wir fordern das Recht auf ein „Konto für Jedermann“ und setzen uns ein für mehr finanzielle Bildung in Schulen. Prävention und frühzeitige Beratung sind Bausteine, um Überschuldung und Insolvenz zu verhindern. Jede Million, die zusätzlich in Schuldner- und Verbraucherberatung investiert wird, schafft ein Vielfaches an Mehrwert.

Ich wünsche mir, dass es nicht nur bei schönen Worte der Politiker zur bundesweiten Aktionswoche der Schuldnerberatungen bleibt, sondern dass Taten folgen!

Zur Person:

Attila v. Unruh ist Vorsitzender des **BV INSO – Bundesverband Menschen in Insolvenz und neue Chancen e.V.** – der BV INSO unterstützt als gemeinnütziger Verein Menschen in / vor und nach der Insolvenz. Dazu organisiert er als Träger in 13 Regionalgruppen die „Gesprächskreise Anonyme Insolvenzler“, wo Betroffene im geschützten Rahmen kostenlos Unterstützung bekommen. Darüberhinaus schafft der BV INSO zahlreiche Projekte zur Unterstützung von Betroffenen und setzt sich ein für eine Kultur der 2. Chance in Deutschland.

Attila v. Unruh wurde mit dem Deutschen Engagementpreis ausgezeichnet und wird von ASHOKA - der weltweit größten Organisation zur Unterstützung von Sozialunternehmern – gefördert.

*siehe dazu: www.bv-inso.de > Positionspapier BV INSO zur Insolvenzrechtsreform

Weitere Informationen:

www.bundesverband-menschen-in-insolvenz.de

www.anonyme-insolvenzler.de